



Niederschrift

über die 30. Sitzung des Hauptausschusses
der Stadt Mönchengladbach am 19.09.2013

Beginn: 17:00 Uhr

Ende: 20:45 Uhr

Anwesende:

Vorsitzender

Norbert Bude

Mitglied

Lothar Beine
Monika Berten
Rolf Besten
Frank Boss
Ursula Brombeis
Ulrich Elsen
Thomas Fegers
Hans-Henning Haupts
Fred Hendricks
Dr. Anno Jansen-Winkeln
Burkhard Küpper
Norbert Post
Bernd Püllen
Karl Sasserath
Helmut Schaper
Karl-Heinz Schiffer
Dr. Hans Peter Schlegelmilch
Horst - Peter Vennen
Renate Zimmermanns

Verwaltung

Stadtdirektor und -kämmerer Kuckels
Beigeordneter Schnaß
Beigeordneter Dr. Fischer
Beigeordneter Dr. Schmitz
Technischer Beigeordneter Wurff
I/1, Fr. Ketzer
I/3, Hr. Speen
I/HSP, Hr. Heck
II/B, Hr. Vossieg
FB 14, Hr. Brütsch
FB 20, Hr. Acker
FB 60, Hr. Petry
FB 60, Hr. Klöpffer
PR, Hr. Enk

Schriftführung

I/1, Hr. Essinger

Tagesordnung:

Nichtöffentlicher Teil:

1	Niederschrift über die 29. Sitzung des Hauptausschusses am 26.06.2013 -nicht öffentlicher Teil -
2	Reorganisation der Straßenbeleuchtung (HSP 2012-0142)
3	Abberufung eines Rechnungsprüfers
4	Verkauf des städt. Grundstückes Tomper Weg / Tomper Eck
5	Verkauf eines Gewerbegrundstückes Tomphecke
6	Verkauf eines Gewerbegrundstückes Tomphecke
7	Verkauf des städtischen Grundstückes Steinmetzstraße
8	Verkauf eines Gewerbegrundstückes Adolf-Kempken-Weg
9	Verkauf von städt. Grundstücken In de Kull
10	Verkauf Gartenstr. 72 (ehemaliges Gesundheitsamt)
11	Anfragen und Mitteilungen

Öffentlicher Teil:

12	Niederschrift über die 28. Sitzung des Hauptausschusses am 20.06.2013 - öffentlicher Teil-
13	Niederschrift über die 29. Sitzung des Hauptausschusses am 26.06.2013 - öffentlicher Teil-
14	Reorganisation der Straßenbeleuchtung (HSP 2012-0142)
15	Bericht zur Umsetzung des Haushaltssanierungsplanes zum 30.06.2013
16	Terminplan für Feststellung des geprüften Jahresabschlusses 2011, die Feststellung des geprüften Jahresabschlusses 2012 sowie die Einbringung des bestätigten Entwurfs der Jahresrechnung 2013

17	Einlage von städtischen Grundstücken in die EWMG
18	Über- und außerplanmäßige Aufwendungen und Auszahlungen des Haushaltsjahres 2013
19	Darlehen für die Übernahme von Kleingärten und Laubenbau 2013
20	Jahresbericht zur Abwasserbeseitigung 2012 der NEW AG
21	Wahl von stimmberechtigten Vertretern der Stadt Mönchengladbach in Gremien des Zweckverbandes "KDN-Dachverband kommunaler IT-Dienstleister"
22	Bestellung von ständigen Mitgliedern mit beratender Stimme in den Schul- und Bildungsausschuss
23	Zukunft des Textilmaschinendepots des städtischen Museums Schloss Rheydt (HSP 2012-0090)
24	Satzung der Stadt Mönchengladbach über die Durchführung von Einwohneranträgen, Bürgerbegehren, Bürgerentscheiden und Ratsbürgerentscheiden
25	208. Änderung des Flächennutzungsplanes der Stadt Mönchengladbach - Stadtbezirk Süd, Gebiet südwestlich der L 39, zwischen dem Goerdshof und der Stadtgrenze zur Gemeinde Jüchen, „Regiopark“ - Interkommunales Industrie- und Gewerbegebiet Mönchengladbach / Jüchen - Abschließende Beschlussfassung -
26	Bebauungsplan Nr. 757/S - Stadtbezirk Süd - Gütterath, Gebiet südwestlich der L 39, zwischen dem Goerdshof und der Stadtgrenze zur Gemeinde Jüchen, „Regiopark“ - Interkommunales Industrie- und Gewerbegebiet Mönchengladbach / Jüchen - Satzungsbeschluss -
27	Vergnügungsstättenkonzept für die Stadt Mönchengladbach - Beschluss -
28	Planung eines Hotels am Abteiberg; hier: Antrag der FDP-Ratsfraktion vom 01.07.2013
29	Ausschreibung der Behandlung von Bioabfällen hier: Antrag der Ratsfraktion Bündnis 90/Die Grünen vom 21.08.2013
30	Verarbeiteter Bettungssand aus Kupferschlacke hier: Fraktionsantrag Bündnis 90/Die Grünen vom 21.08.2013
31	Aufnahme eines Abschnittes "Auswirkungen auf Belange von Menschen mit Behinderungen und Inklusionen" in allen Beratungsvorlagen; hier: Antrag der FWG-Ratsfraktion vom 09.09.2013
32	Anfragen und Mitteilungen

Protokollierung:

Öffentlicher Teil

Oberbürgermeister Bude stellt fest, dass die Sitzungsunterlagen am Donnerstag, den 12.09.2013 form- und fristgerecht zugestellt worden sind. Hiergegen ergibt sich kein Widerspruch.

Oberbürgermeister Bude weist auf den auf den Tischen ausliegenden TOP 17, Ergänzungsvorlage 3274/VIII-1, „Einlage von städtischen Grundstücken in die EWMG“ hin, der aufgrund der geänderten Beschlussfassung im Planungs- und Bauausschuss am 10.09.2013 zur Kenntnis gegeben werde und Grundlage für Beratung und Beschlussfassung sei.

Zudem sei bei der Erstellung der Tagesordnung irrtümlich der Punkt 17 doppelt generiert worden sei. Beratungsvorlagennummer 3389/VIII sei richtigerweise TOP 16 und Beratungsvorlagennummer 3274/VIII TOP 17 zuzuordnen.

Ratsherr Sasserath, Bündnis 90/Die Grünen, weist auf den zu TOP 17 ausgelegten Antrag seiner Fraktion hin.

Ratsherr Dr. Jansen-Winkeln (F.D.P.) zieht den Fraktionsantrag unter TOP 28, 3268/VIII „Planung eines Hotels am Abteiberg“, zurück, da auch andere Fraktionen dieses Thema weitergehend betrachten möchten. Der Antrag werde zu einem späteren Zeitpunkt in erweiterter Form eingebracht.

Ratsherr Sasserath, Bündnis 90/Die Grünen, zieht den Fraktionsantrag 3375/VIII „Verarbeiteter Bettungssand aus Kupferschlacke“ unter TOP 30 zurück, da im Planungs- und Bauausschuss ausführlich zu diesem Thema berichtet wurde.

Weitere Änderungswünsche zur Tagesordnung werden nicht geäußert. Sie gilt somit in veränderter Form als festgestellt.

Zu Punkt 12	Niederschrift über die 28. Sitzung des Hauptausschusses am 20.06.2013 -öffentlicher Teil-
--------------------	--

Einwendungen gegen die Niederschrift werden nicht erhoben. Diese gilt somit als festgestellt.

Zu Punkt 13	Niederschrift über die 29. Sitzung des Hauptausschusses am 26.06.2013 -öffentlicher Teil-
--------------------	--

Einwendungen gegen die Niederschrift werden nicht erhoben. Diese gilt somit als festgestellt.

Zu Punkt 14	Reorganisation der Straßenbeleuchtung (HSP 2012-0142)
--------------------	--

Der Planungs- und Bauausschuss, der Ausschuss für Finanzen und Beteiligungen und der Hauptausschuss empfehlen dem Rat, der Rat beschließt:

1. Es erfolgt eine Kündigung der Beleuchtungsverträge mit der NEW Netz GmbH.
2. Die Straßenbeleuchtungsanlagen (Direktkauf nach Variante 1 gemäß Gutachten der KPMG AG Wirtschaftsprüfungsgesellschaft von Mai 2013) werden von der NEW Netz GmbH gekauft und der Betrieb dieser Straßenbeleuchtungsanlagen erfolgt durch die Stadt (ebenfalls Variante 1).

Abstimmungsergebnis: ohne Beratung und Beschluss in die Sitzung des Rates verschoben

Zu Punkt 15	Bericht zur Umsetzung des Haushaltssanierungsplanes zum 30.06.2013
--------------------	---

Der Rat hat in seiner Sitzung am 27.09.2012 den Haushaltssanierungsplan beschlossen und diesen, mit Ratsbeschluss vom 19.12.2012 für das Jahr 2013 mit 193 Maßnahmen und einer Gesamtkonsolidierung von insgesamt 335.052.950 Euro bis zum Jahr 2021, fortgeschrieben.

Im Rahmen der Umsetzung des Haushaltsanierungsplans ist der Oberbürgermeister gemäß § 7 Abs. 1 Stärkungspaktgesetz verpflichtet, der Bezirksregierung jährlich mit der Haushaltssatzung mit ihren Anlagen spätestens einen Monat vor Beginn des Haushaltsjahres, im laufenden Haushaltsjahr zum 30. Juni und zum 15. April des Folgejahres mit dem bestätigten Jahresabschluss jeweils einen Bericht zum Stand der Umsetzung des Haushaltsanierungsplans vorzulegen.

Mit dem Ausführungserlass des MIK NRW zur Haushaltskonsolidierung nach GO NRW und Stärkungspaktgesetz vom 07.03.2013 wurde die bestehende Berichtspflicht weitergehend konkretisiert.

Der HSP-Umsetzungsbericht zum Stichtag 30.06.2013 wurde der Bezirksregierung Düsseldorf fristgerecht am 31.07.2013 übersandt. Er gibt einen maßnahmenscharfen Überblick über Soll- und Ist-Zustand der Umsetzung des HSP 2013 und zeigt die aktuellen Entwicklungen in der Ergebnisrechnung 2013 des städtischen Haushaltes auf. Dargestellt werden im Maßnahmencontrolling das geplante Konsolidierungspotenzial je Maßnahme für 2013, der Ist-Wert an Konsolidierung je Maßnahme zum 30.06.2013 sowie die Prognose des Konsolidierungspotenzials je Maßnahme zum 31.12.2013. Eine analoge Darstellung wurde für die städtische Ergebnisrechnung sowie fürs Personalcontrolling vorgelegt.

Abstimmungsergebnis: Kenntnisnahme

Zu Punkt 16	Terminplan für Feststellung des geprüften Jahresabschlusses 2011, die Feststellung des geprüften Jahresabschlusses 2012 sowie die Einbringung des bestätigten Entwurfs der Jahresrechnung 2013
--------------------	---

Der Ausschuss für Finanzen und Beteiligungen und der Hauptausschuss empfehlen dem Rat folgende Beschlussfassung:

Der Rat beschließt:

Auf Grundlage des Ratsbeschlusses vom 13.3.2013 über die Inanspruchnahme der Prüfungserleichterung gem. Artikel 8 § 4 des Ersten Gesetzes über die Weiterentwicklung des Neuen Kommunalen Finanzmanagements für Gemeinden und Gemeindeverbände in Nordrhein-Westfalen (1. NKF Weiterentwicklungsgesetz - NKFVG) vom 18. September 2012 wird folgender Terminplan für die Vorlage des geprüften Jahresabschlusses 2011, für den vom Oberbürgermeister bestätigten Entwurf des Jahresabschlusses 2013 sowie für den geprüften Jahresabschlusses 2012 beschlossen:

Vorlagetermin Ratsitzung am:	Jahresabschluss / Jahr
18.12.2013	geprüfter Jahresabschluss 2011
19.03.2014	bestätigter Entwurf 2013
01.10.2014	geprüfter Jahresabschluss 2012

Abstimmungsergebnis: Einstimmiger Beschluss

Zu Punkt 17	Einlage von städtischen Grundstücken in die EWMG
--------------------	---

Diskussionsteilnehmer: Ratsherr Dr. Schlegelmilch, CDU
Ratsherr Sasserath, Bündnis 90/Die Grünen
Ratsherr Dr. Jansen-Winkeln (F.D.P.)
Ratsherr Püllen, FWG
Oberbürgermeister Bude
Ratsherr Hendricks, CDU
Ratsherr Beine, SPD
Ratsherr Post, CDU

Ratsherr Post, CDU, bittet um Aufnahme seiner Aussage in die Niederschrift: Er stellt fest, das für die in Rede stehenden Grundstücke mit dem Beschluss grundsätzlich ein Auftrag erteilt würde, neues Planungsrecht zu erstellen. Die gesamte Bauleitplanung für diese Grundstücke müsse neu überdacht werden. Dies beziehe sich sowohl auf den Landschafts- sowie den Flächennutzungsplan.

Es werde ein Grundstück übertragen, das nach dem Flächennutzungsplan Ackerfläche bzw. Grünfläche sei. Dieses Grundstück würde nunmehr aus der Flächennutzung herausgenommen und zur Änderung bereitgestellt.

Diese Vorgehensweise sei aber nur sinnvoll, wenn man bereits jetzt wisse, dass eine Änderung möglich sei. Wenn es für eine Änderung keine Mehrheit geben sollte, würde ein Grundstück mit einer scheinbar haushalterischen Folge übertragen, die aber keine Folge habe.

Genau das könne an dieser Stelle nicht richtig sein. Nach Anhörung der Bezirksvertretungen West, Süd, Nord und Ost empfehlen der Planungs- und Bauausschuss, der Ausschuss für Finanzen und Beteiligungen und der Hauptausschuss dem Rat folgende Beschlussfassung:

Der Rat beschließt:

1. Die Maßnahme „Einlage von städtischen Grundstücken in die EWMG“ wird als zusätzliche Maßnahme in den HSP aufgenommen, um weiteres Konsolidierungspotential zu generieren.
2. Die Verwaltung wird beauftragt, die weitere Konkretisierung der Maßnahme im Rahmen der regulären Fortschreibung des HSP 2014 durchzuführen.
3. Es sollen 17 Teilflächen mit einem Buchwert in Höhe von 6.911.513,65 € in die EWMG eingelegt werden. Die Grundstücke sind als Liste in der Anlage dargestellt.

4. **Vor der Vermarktung der eingelegte Grundstücke durch die EWMG sind die jeweils zuständige Bezirksvertretung und der Planungs- und Bauausschuss über die Planungsziele und Entwicklungsabsichten zu informieren.**
5. **Planungen und Beschlüsse zu den in der Vorlage benannten eingelegten Grundstücken, die einen möglichen Verkaufserlös für zweckgebundene Projekte vorgesehen haben, sind zu beachten.**
6. **Das Grundstück Volksgartenstraße wird aus der Grundstücksliste gestrichen.**

Sollten sich bis zum Vollzug der Einlage Änderungen und Ergänzungen der Daten der Grundstücksliste als notwendig erweisen, wird der Oberbürgermeister ermächtigt, diesen zuzustimmen, sofern hierdurch die wesentlichen Inhalte der Grundstücksliste nicht berührt werden.

Oberbürgermeister Bude unterbricht die Sitzung von 19:15 bis 19:30 Uhr.

Ratsherr Dr. Schlegelmilch, CDU, beantragt, die Beschlussfassung zu diesem Punkt in die Sitzung des Rates zu verschieben.

Abstimmungsergebnis: ohne Beschluss in die Sitzung des Rates verschoben

Zu Punkt 18	Über- und außerplanmäßige Aufwendungen und Auszahlungen des Haushaltsjahres 2013
--------------------	---

Der Ausschuss für Finanzen und Beteiligungen, der Hauptausschuss und der Rat nehmen Kenntnis von den in der beigefügten Nachweisung 3 aufgeführten über- und außerplanmäßigen Aufwendungen und Auszahlungen des Haushaltsjahres 2013 (Zeitraum vom 01.06.2013 bis 15.08.2013), zu deren Leistung der Kämmerer seine Zustimmung gemäß § 83 Abs. 1 GO NRW erteilt hat.

Abstimmungsergebnis: Kenntnisnahme

Zu Punkt 19	Darlehen für die Übernahme von Kleingärten und Laubenbau 2013
--------------------	--

Der Ausschuss für Finanzen und Beteiligungen sowie der Hauptausschuss empfehlen dem Rat zu beschließen; der Rat beschließt – vorbehaltlich der haushaltsrechtlichen Voraussetzungen – dem Kreisverband Mönchengladbach der Kleingärtner e.V. ein zinsloses städtisches Darlehen in Höhe von 21.000,00 EUR zur Verfügung zu stellen. Das Darlehen ist in 10 gleichen Jahresraten von 2.100,00 EUR, beginnend mit dem 15.12.2014, zu tilgen.

Abstimmungsergebnis: Einstimmiger Beschluss

Zu Punkt 20	Jahresbericht zur Abwasserbeseitigung 2012 der NEW AG
--------------------	--

Diskussionsteilnehmer: Ratsherr Sasserath, Bündnis 90/Die Grünen
 Stadtdirektor und –kämmerer Kuckels

Ratsherr Sasserath, Bündnis 90/Die Grünen, führt an, dass in der Vergangenheit das Abwasserbeseitigungskonzept in den Bezirken vorgestellt wurde. Er erachtet es für sinnvoll,

dies auch weiterhin zu praktizieren, damit die Bezirke wissen, welche Kanalbaumaßnahmen auf sie zukämen.

Stadtdirektor und –kämmerer Kuckels stellt klar, dass dies bislang nur eine Forderung der Fraktion von Bündnis 90/Die Grünen gewesen sei. Die Verwaltung habe dieser Forderung weder zugestimmt noch entsprochen, da ein solcher Bericht in den Bezirken für nicht angezeigt angesehen werde.

Ratsherr Sasserath, Bündnis 90/Die Grünen, beantragt für seine Fraktion, dass das Abwasserbeseitigungskonzept der Stadt Mönchengladbach je nach Stadtbezirk in den Bezirksvertretungen vorgestellt wird.

Oberbürgermeister Bude lässt über den Fraktionsantrag abstimmen.

Abstimmungsergebnis: Mit Stimmenmehrheit abgelehnt.

Die Fachausschüsse, der Hauptausschuss und der Rat nehmen den Bericht zur Kenntnis.

Abstimmungsergebnis: Kenntnisnahme

Zu Punkt 21	Wahl von stimmberechtigten Vertretern der Stadt Mönchengladbach in Gremien des Zweckverbandes "KDN-Dachverband kommunaler IT-Dienstleister"
--------------------	--

Der Hauptausschuss empfiehlt und der Rat benennt

- Herrn Beigeordneten Hans-Jürgen Schnaß zum Mitglied der Verbandsversammlung des Zweckverbandes KDN Dachverband kommunaler IT-Dienstleister,
- Herrn Reinhard Brieske und Herrn Klaus Schauer zu stellvertretenden Mitgliedern der Verbandsversammlung des Zweckverbandes KDN Dachverband kommunaler IT-Dienstleister,
- Herrn Reinhard Brieske zum Mitglied des Betriebsausschusses der eigenbetriebsähnlichen Einrichtung „AKDN-sozial“ des Zweckverbandes KDN Dachverband kommunaler IT-Dienstleister.

Abstimmungsergebnis: Einstimmiger Beschluss

Zu Punkt 22	Bestellung von ständigen Mitgliedern mit beratender Stimme in den Schul- und Bildungsausschuss
--------------------	---

Der Schul- und Bildungsausschuss und der Hauptausschuss empfehlen dem Rat zu beschließen, der Rat beschließt, folgende Personen als Mitglieder bzw. Stellvertreter mit beratender Stimme in den Schul- und Bildungsausschuss zu berufen:

Schulform	Mitglied	Stellvertretung
Hauptschule	Rektor Jochen Reif	Rektorin Kathrin Rengers
Realschule	Realschulrektor Ralf Dünhöft	Realschulrektorin Barbara Duibjohann

Abstimmungsergebnis: Einstimmiger Beschluss

Zu Punkt 23	Zukunft des Textilmaschinendepots des städtischen Museums Schloss Rheydt (HSP 2012-0090)
--------------------	---

Diskussionsteilnehmer: Ratsherr Püllen, FWG
Ratsherr Dr. Jansen-Winkel (F.D.P.)
Ratsfrau Brombeis, Bündnis 90/Die Grünen
Beigeordneter Dr. Fischer
Ratsherr Schaper, DIE LINKE

Maßgeblicher Beschlussentwurf:

Der Kulturausschuss, der Finanzausschuss, der Hauptausschuss empfehlen, der Rat beschließt: Der Verlagerung des Textilmaschinendepots vom Standort Boetzelen-Höfe in das Monforts-Quartier ab dem 01. Januar 2014 wird zugestimmt. Das Betriebskonzept am neuen Standort wird zustimmend zur Kenntnis genommen. Die dafür benötigten Mittel werden in den Haushalten 2013 ff. zur Verfügung gestellt.

Der Rat begrüßt die Verlagerung der städtischen Sammlung historischer Textilmaschinen in das Monforts-Quartier. Insbesondere hinsichtlich der Umsetzung der Ideen des städtebaulichen Masterplans wird damit ein positives Zeichen gesetzt. Der Rat erwartet, dass die Verwaltung die nächsten Monate dazu nutzt, gemeinsam mit den Betreibern des Monforts-Quartiers und der Textilwirtschaft das Betriebskonzept weiterzuentwickeln. Ein mögliches Ziel könnte eine gemeinsame Stiftung oder Betriebsgesellschaft sein.

Für den Fall, dass das Betriebskonzept nicht zum Tragen kommt, ist eine Ausstiegsmöglichkeit aus dem Mietvertrag seitens der Stadt sicherzustellen.

Abstimmungsergebnis: Einstimmiger Beschluss mit einer Enthaltung

Zu Punkt 24	Satzung der Stadt Mönchengladbach über die Durchführung von Einwohneranträgen, Bürgerbegehren, Bürgerentscheiden und Ratsbürgerentscheiden
--------------------	---

Diskussionsteilnehmer: Ratsherr Küpper, FDP
Ratsherr Püllen, FWG
Ratsherr Schaper, DIE LINKE
Ratsherr Dr. Jansen-Winkel, FDP
Ratsherr Beine, SPD
Ratsherr Sasserath, Bündnis 90/Die Grünen
Beigeordneter Dr. Schmitz
Oberbürgermeister Bude

Ratsherr Küpper, FDP, bittet für seine Fraktion um Klärung der Frage, was hinsichtlich der Festlegung der Stimmbezirke und Wahllokale vorgesehen sei, wenn Einwohneranträge zusammen mit anderen Wahlen durchgeführt würden, da für Abstimmungen über Bürgerbegehren eine geringere Zahl an Wahllokalen vorgesehen seien. Es müsse aus Sicht der FDP gewährleistet sein, dass jeder Wähler in seinem Wahllokal zugleich auch über den Einwohnerantrag abstimmen können müsse.

Dies hätte seiner Meinung nach in der Satzung geregelt sein müssen.

Oberbürgermeister Bude sagt zu, dass der Hinweis aufgenommen werde.

Ratsherr Püllen, FWG, dankt für die synoptische Darstellung der Satzungsänderungen, bittet jedoch darum, künftig Neuregelungen deutlicher hervorzuheben. Weiterhin regt er am Beispiel der Mustersatzung des Vereins „Mehr Demokratie“ an, künftig Einwohneranträge, Bürgerbegehren und Bürgerentscheide mit anstehenden Wahlen zusammenzulegen. Dies fehle ihm im § 6 des Satzungsentwurfes.

Zudem erscheint es seiner Fraktion unmöglich, die Vorgaben des § 2 der vorliegenden Satzung zu erfüllen, wonach ein Antrag von mindestens 4% der Einwohner, höchstens jedoch von 8000 Einwohnern zu unterzeichnen sei. Bei Städten mit mehr als 200.000 Einwohnern sei dies nicht möglich.

Oberbürgermeister Bude teilt mit, dass der Wortlaut des § 2 der vorliegenden Satzung exakt dem des § 25 Abs. 3 Satz 2 der Gemeindeordnung NRW entspräche.

Beigeordneter Dr. Schmitz fügt an, dass bei großen kreisfreien Städten auch dann maximal 8.000 Stimmen ausreichend seien, selbst wenn 4 % 9.000 Stimmen entsprächen.

Ratsherr Schaper, DIE LINKE, regt an, dass in § 16 Abs. 1 neuregelt werden solle, dass nicht der Oberbürgermeister sondern vielmehr der Rat den Tag des Bürgerentscheides festlegen solle.

Weiterhin beantragt er in § 16 Abs. 2 letzter Satz die Ergänzung, dass die Entscheidungsbefugnis des Oberbürgermeisters sich auf organisatorische Einzelheiten der Durchführung beschränkt.

Zudem beantragt Ratsherr Schaper, dass alle Wahllokale barrierefrei sein müssen.

Ratsherr Sasserath bittet um Prüfung der Frage der Briefwahl.

Ratsherr Beine bittet um Weitergabe aller Änderungswünsche und möglichst Bewertungen durch die Verwaltung an die Fraktionen zur Beratung am folgenden Montag.

Oberbürgermeister Bude sagt zu, die vorgeschlagenen Änderungen zu sammeln, zu bewerten und dem Rat zur Beschlussfassung zuzuleiten. In Anbetracht der bevorstehenden Bundestagswahl bittet er den Hauptausschuss, die Aufarbeitung der Fragen zur Beschlussfassung in den nächsten Ratszug zu verschieben.

Hiergegen ergibt sich kein Widerspruch.

Abstimmungsergebnis: in den nächsten Ratszug verschoben

Zu Punkt 25	208. Änderung des Flächennutzungsplanes der Stadt Mönchengladbach - Stadtbezirk Süd, Gebiet südwestlich der L 39, zwischen dem Goerdshof und der Stadtgrenze zur Gemeinde Jüchen, „Regiopark“ - Interkommunales Industrie- und Gewerbegebiet Mönchengladbach / Jüchen - Abschließende Beschlussfassung -
--------------------	---

Nach Anhörung der Bezirksvertretung Süd empfehlen der Planungs- und Bauausschuss sowie der Hauptausschuss dem Rat:

„Der Rat der Stadt beschließt gemäß § 1 Abs. 8 und § 2 Abs. 1 des Baugesetzbuches (BauGB) in der Fassung der Bekanntmachung vom 23.09.2004 (BGBl. I S. 2414), zuletzt geändert durch Artikel 1 des Gesetzes vom 11.06.2013 (BGBl. I S. 1548):

1. Den vorliegenden Entwurf als 208. Änderung des Flächennutzungsplanes der Stadt Mönchengladbach.
2. Die vorliegende Begründung, die gemäß § 5 Abs. 5 BauGB der 208. Änderung des Flächennutzungsplanes der Stadt Mönchengladbach beigefügt wird.“

Abstimmungsergebnis: Mit Stimmenmehrheit beschlossen

Zu Punkt 26	Bebauungsplan Nr. 757/S - Stadtbezirk Süd - Güdderath, Gebiet südwestlich der L 39, zwischen dem Goerdshof und der Stadtgrenze zur Gemeinde Jüchen, „Regiopark“ - Interkommunales Industrie- und Gewerbegebiet Mönchengladbach / Jüchen - Satzungsbeschluss -
--------------------	--

Nach Anhörung der Bezirksvertretung Süd empfehlen der Planungs- und Bauausschuss sowie der Hauptausschuss dem Rat:

„Der Rat der Stadt beschließt aufgrund der §§ 7 Abs. 1 und 41 Abs. 1 Buchstabe f der Gemeindeordnung für das Land Nordrhein-Westfalen (GO) in der Fassung der Bekanntmachung vom 14. Juli 1994 (GV NRW S. 666), zuletzt geändert durch Gesetz vom 03.05.2005 (GV. NRW. S. 498), und der §§ 1 Abs. 8 und 2 Abs. 1 des Baugesetzbuches in der Fassung der Bekanntmachung vom 23.09.2004 (BGBl. I S. 2414), zuletzt geändert durch Artikel 1 des Gesetzes vom 11.06.2013 (BGBl. I S. 1548):

1. Den vorliegenden Bebauungsplan Nr. 757/S gemäß § 10 BauGB als Satzung;
2. die Bebauungspläne Nr. 605/VIII und 745/S aufzuheben, soweit diese durch das Gebiet des Bebauungsplanes Nr. 757/S betroffen sind.;
3. die vorliegende Begründung, die gemäß § 9 Abs. 8 BauGB dem Bebauungsplan Nr. 757/S beigefügt wird.“

Abstimmungsergebnis: Mit Stimmenmehrheit beschlossen

Zu Punkt 27	Vergnügungsstättenkonzept für die Stadt Mönchengladbach - Beschluss -
--------------------	--

Die Bezirksvertretungen, der Planungs- und Bauausschuss, der Hauptausschuss empfehlen, der Rat beschließt das Vergnügungsstättenkonzept für die Stadt Mönchengladbach als übergeordnetes städtebauliches Konzept im Sinne des §1 (6) Nr. 11 BauGB.

Abstimmungsergebnis: Einstimmiger Beschluss

Zu Punkt 28	Planung eines Hotels am Abteiberg; hier: Antrag der FDP-Ratsfraktion vom 01.07.2013
--------------------	--

Der Planungs- und Bauausschuss und der Hauptausschuss empfehlen, der Rat beschließt:

Die Stadt führt ein Interessensbekundungsverfahren für das Grundstück „Altes Haus Zoar“ in enger Zusammenarbeit mit der MGMG und der EWMG durch. Ziel ist es, einen Hotelbetrieb anzusiedeln, der die dauerhafte Sicherstellung eines wirtschaftlichen Betriebes des Hauses Erholung möglich macht. Dabei soll sich der neu entstehende Baukörper zurückhalten und sich zu dem städtebaulich herausragenden Ensemble am Abteiberg unterordnend verhalten

bzw. sich harmonisch eingliedern. Eine "Bettenburg" und ein dadurch bedingter sehr großer Baukörper sind ausdrücklich nicht gewünscht. Auch eine verbesserte Nutzung des Biergartens und die städtebauliche Vernetzung mit dem Jonaspark und der Platzsituation vor den Mönchengladbach Arcaden ist in einem städtebaulichen Konzept darzustellen. Dem Rat soll eine Bewertungsmatrix nach folgenden Kriterien vorgelegt werden:

- Betreiberkonzept, insbesondere im Hinblick auf wirtschaftlich verbesserten Betrieb des Hauses Erholung (z.B. Kongressbetrieb – üblicherweise 3-Sterne-Bereich o.a.):
30 % der Wertung
- Bewertung des Baukörpers in Hinsicht auf die defensive Integration in die Umgebungsbebauung (zurückhaltende Größe des Baukörpers, Höhenentwicklung, Anpassung an die Topographie):
25 % der Wertung
- Städtebauliches Konzept:
25 % der Wertung
- Verbindliches Gebot eines Kaufpreis:
10% der Wertung
- Benennung eines solventen Betreibers / Investors: 10% der Wertung

Ratsherr Dr. Jansen-Winkeln, FDP, zieht den Antrag für diese Sitzung zurück, um ihn in einem späteren Ratszug in erweiterter Form erneut einzubringen.

Zu Punkt 29	Ausschreibung der Behandlung von Bioabfällen hier: Antrag der Ratsfraktion Bündnis 90/Die Grünen vom 21.08.2013
--------------------	--

Diskussionsteilnehmer. Ratsherr Sasserath, Bündnis 90/Die Grünen
 Stadtdirektor und –kämmerer Kuckels
 Ratsherr Besten, CDU
 Ratsherr Dr. Jansen-Winkeln (F.D.P.)

Der Ausschuss für Finanzen und Beteiligungen, der Umweltausschuss, der Hauptausschuss empfiehlt, der Rat beschließt:

Die Behandlung von Bioabfällen in Mönchengladbach wird künftig ausgeschrieben mit der Maßgabe, dass der Bieter/Auftragnehmer die Bioabfälle in einer Anlage behandelt, die zunächst aus dem Abfall in einer Vergärungsstufe Biogas erzeugt und anschließend in einer Kompostanlage nachrottet. Auf diese Weise kann die Stadt Mönchengladbach einen weiteren wichtigen Beitrag zum Klimaschutz leisten.

Damit der wirtschaftliche Betrieb einer solchen Anlage zur Behandlung von Bioabfällen gewährleistet ist, können die Abfallmengen zweier oder mehrerer öffentlich rechtlicher Entsorgungsträger zusammengefasst werden. Um diese Möglichkeit einer interkommunalen Kooperation zu wahren, verlängert die Stadt Mönchengladbach ihre bestehenden Verträge zur Behandlung von Bioabfällen zunächst um zwei Jahre.

Abstimmungsergebnis: Mit Stimmenmehrheit abgelehnt

Zu Punkt 30	Verarbeiteter Bettungssand aus Kupferschlacke hier: Fraktionsantrag Bündnis 90/Die Grünen vom 21.08.2013
--------------------	---

Der Hauptausschuss empfiehlt, der Rat beschließt, das Rechnungsprüfungsamt wird beauftragt, die Verarbeitung belastender Materialien in öffentlichen Straßen wie der Klumpenstraße und der Süchtelner Straße zu untersuchen.

Die Ergebnisse sind neben dem Rechnungsprüfungsausschuss dem Hauptausschuss, dem Umweltausschuss und dem Planungs- und Bauausschuss in einem umfassenden Bericht darzustellen. Der Bericht soll auch die Regressansprüche der Stadt gegenüber der Firma Bauunternehmung Tholen GmbH, Geilenkirchen und den Lieferanten der in der Klumpenstraße und der Süchtelner Straße verarbeiteten Materialien umfassen.

Ratsherr Sasserath, Bündnis 90/Die Grünen, zieht den Antrag für seine Fraktion zurück.

Zu Punkt 31	Aufnahme eines Abschnittes "Auswirkungen auf Belange von Menschen mit Behinderungen und Inklusionen" in allen Beratungsvorlagen; hier: Antrag der FWG-Ratsfraktion vom 09.09.2013
--------------------	--

Diskussionsteilnehmer:

- Ratsherr Püllen, FWG
- Ratsherr Sasserath, Bündnis 90/Die Grünen
- Ratsherr Beine, SPD
- Ratsfrau Brombeis, Bündnis 90/Die Grünen
- Ratsherr Schaper, DIE LINKE
- Ratsfrau Berten, SPD
- Ratsherr Küpper, FDP
- Dr. Schlegelmilch, CDU
- Beigeordneter Dr. Schmitz

Der Oberbürgermeister wird beauftragt, in allen Beratungsvorlagen zusätzlich zu den bereits vorhandenen Abschnitten „Finanzwirksamkeit“, und „Kinder- und Familienfreundlichkeit“ einen Abschnitt „Auswirkungen auf Belange von Menschen mit Behinderungen und Inklusion“ aufzunehmen und dabei eine entsprechende Beteiligung mit der Inklusionsbeauftragten der Stadt Mönchengladbach sicherzustellen.

Beigeordneter Dr. Schmitz schlägt vor, Hauptausschuss und Rat vor Beschlussfassung zu diesem Thema eine Evaluation vorzulegen, die Rückschlüsse auf die zuletzt aufgenommene Rubrik „Auswirkungen auf die Kinder- und Familienfreundlichkeit“ zulässt. Aufgrund der dann vorliegenden Erkenntnisse könne über eine mögliche zusätzliche Aufnahme oder ersatzweise Aufnahme der Rubrik „Auswirkungen auf Belange von Menschen mit Behinderung und Inklusion“ entschieden werden.

Ratsherr Beine, SPD, beantragt für seine Fraktion, dass die von Dr. Schmitz vorgeschlagene Evaluation zum Thema „Auswirkung auf die Kinder- und Familienfreundlichkeit“ durchgeführt und das Ergebnis dem Rat vorgelegt werden solle.

Oberbürgermeister Bude lässt darüber abstimmen, den Antrag der FWG-Ratsfraktion bis zur Vorlage der von Ratsherrn Beine zum Antrag formulierten Evaluation zu schieben, um nach Vorlage dieses Berichtes in Hauptausschuss und Rat über den Antrag der FWG-Ratsfraktion zu beschließen.

Abstimmungsergebnis: Mit Stimmenmehrheit beschlossen.

Zu Punkt 32	Anfragen und Mitteilungen
--------------------	----------------------------------

Oberbürgermeister Bude führt aus, dass im Vorfeld der Sitzung des Hauptausschusses zwei Anfragen der FDP-Ratsfraktion eingegangen seien mit der Bitte, diese unter dem Tagesordnungspunkt „Anfragen und Mitteilungen“ auf die Tagesordnung der heutigen Sitzung zu nehmen.

Der schriftlichen Einreichung von Anfragen vorab sei nichts entgegenzuhalten. Es handle sich hierbei sogar um eine hilfreiche Vorgehensweise zur Vorbereitung auf die Anfrage und Beantwortung innerhalb der Sitzung.

Eine Aufnahme in die Tagesordnung entspreche jedoch nicht der Geschäftsordnung und könne aus diesem Grund auch nicht erfolgen. Falls künftig anders vorgegangen werden solle, müsse über eine Änderung der Geschäftsordnung nachgedacht werden.

Ratsherr Dr. Jansen-Winkeln, FDP, bittet um Beantwortung der Frage, warum die Stadt Mönchengladbach nicht schriftlich auf die Anfrage der Hochschule Niederrhein vom 03.05.2013 geantwortet habe bzw. nicht mals eine Eingangsbestätigung erteilt habe.

Oberbürgermeister Bude erklärt, Herrn Prof. Dr. Peinelt in einem beinahe zweistündigen Gespräch das Vergabeverfahren für die Mittagsverpflegung im Rahmen des Vergaberechtes erläutert zu haben. Desweiteren habe Oberbürgermeister Bude Herrn Prof. Dr. Peinelt darüber in Kenntnis gesetzt, dass es zu einer Irritation innerhalb der Verwaltung geführt habe, dass die Hochschule auf Basis nichtöffentlicher Vorlagen mit der Verwaltung in Kontakt getreten sei.

Einvernehmlich sei im Ergebnis festgehalten worden, dass das vorgeschlagene Verfahren so nicht vollzogen werden könne.

Ratsherr Küpper, FDP, bittet um Auskunft darüber, warum nicht alle Nebenstellennummern von Anschlüssen der Verwaltung bei einem eingehenden Anruf angezeigt werden und ob es Regelungen in Form von Dienstanweisungen oder ähnlichem über die Nummernfreischaltung gäbe.

Zumindest die 25-0 sollte im Display erkennbar sein, damit der angerufene wisse, dass ein Anruf aus der Stadtverwaltung erfolge.

Beigeordneter Schnaß führt aus, dass sowohl die Anzeige der 25-0 als auch die Unterdrückung der Nebenstellenummer technisch möglich seien. Bei der Einführung sei seinerzeit festgelegt worden, dass die Fachbereichsleitungen festlegen, in welchen Fällen im Einzelnen eine Rufnummerunterdrückung erfolgen solle. Bei einer aktuellen Sichtung der Nummern sei festgestellt worden, dass von ca. 3.000 Nebenstellen rund 400 keine Nummerfreischaltung besäßen, was überwiegend im Bereich der Feuerwehr und Ordnungsbehörde so sei.

Grundsätzlich gelte das Gebot der Sichtbarkeit der Rufnummer.

Ratsfrau Brombeis, Bündnis 90/Die Grünen, habe in der Hauptausschusssitzung am 26.06.2013 zum Bericht des Rechtsdezernenten zum Thema „Sachstand Sportwetten“ nach der Möglichkeit gefragt, ob die Stadt Mönchengladbach die Möglichkeit besäße, gegenüber dem Land Regressansprüche geltend zu machen, falls diese von Sportwettenveranstaltern an die Stadt gerichtet würden.

Eine Beantwortung sei bislang hierzu nicht erfolgt.

Beigeordneter Dr. Schmitz erklärt hierzu, dass diese Frage pauschal nicht zu beantworten sei und dies im Einzelfall geprüft werden müsse. Das Verfahren habe die Stadt vor dem Oberverwaltungsgericht verloren. Mögliche Regressansprüche hingegen müssten vor einem Zivilgericht geltend gemacht werden und den Klägern zugesprochen werden.

Derzeit derzeit beim Oberlandesgericht anhängigen Verfahren ließen jedoch die Vermutung zu, die anhängigen Verfahren nicht zu verlieren.

Sollte die Stadt Mönchengladbach diese Verfahren dennoch verlieren und zum Schadenersatz verurteilt werden, stelle sich diese Frage erst.

Ende des öffentlichen Teils